

Führung dargelegt, daß die Sozialdemokratie sich mit ihrer Agitation gegen den Krieg nicht an die Soldaten wendet, sondern an die Volksmassen, weil sie weiß, daß bei den größten Heeren Kriege unmöglich werden, sobald das Volk in seiner großen Mehrheit sich gegen sie erklärt. Die Beweisführung ist hieb- und stichfest. Aber die Richter haben sie nicht verstanden und sind dabei geblieben, daß Soldaten zum Ungehorsam gegen den Befehl zum Feuern auf den Feind aufgefordert werden sollten. In dieser Verständnislosigkeit sind die Richter von Frankfurt Fleisch vom Fleisch der herrschenden Klasse. In der Sorge um „den Lebensnerv“ verschwimmen ihnen die Grenzen zwischen Volk und Armee. Im letzten Grunde geht diese Verwechslung freilich auf den Unstand zurück, daß in der Zeit der allgemeinen Wehrpflicht die Armee auf die Dauer nicht von anderem Geist erfüllt sein kann als das Volk.

Die heile Sorge um „den Lebensnerv“, die der Rede des Staatsanwalts des Gepräge gab, ist das Eingeständnis der Schwäche. Die herrschenden empfinden, daß ihre Herrschaft mehr und mehr alle andern Stützen verliert — außer den Bajonetten! Wenn aber die Träger der Bajonette nicht mehr zuverlässig sind?

Deshalb die Empfindlichkeit der Herrschenden, sobald die Aktion der Sozialdemokratie gegen Krieg und Militarismus einsetzt. Deshalb fand die traurige antisemitische Denunziation im Staatsanwaltsbüro zu Frankfurt eine gute Statt.

In der Tat, das Frankfurter Urteil in ein Schreckensurteil. Aber wir haben keinen Grund dieses Eingeständnisses der Sorge um „den Lebensnerv“ zu bedauern. Das Schreckensurteil soll in unseren Reihen nur ein Ansporn zur Verstärkung unserer Arbeit für den Frieden, gegen Krieg und Militarismus sein!

Über die Verhandlung wird uns berichtet:

Genossin Rosa Luxemburg hatte sich wegen Aussöhnung zum Ungehorsam gegen Gesetze und gegen Anordnungen der Obrigkeit zu verantworten. Diese „Verbrechen“ soll sie in einigen Vorträgen begangen haben, die sie in Hohenheim und Böckenheim bei Frankfurt a. M. im September vorigen Jahres hielt. Die Einleitung des Strafverfahrens war die Folge einer niedrigen Denunziation. Beide Versammlungen waren politisch überwacht, die Polizeibeamten fanden keinen Grund zum Einschreiten und das Frankfurter Polizeipräsidium, daß die Versammlungsberichte noch besonders auf einzelne kraftsamen Inhalt hin prüfen ließ entdeckte keine Straftat. Der Staatsanwalt griff die Sache erst auf, nachdem ein gewisser Henrici die Genossin Luxemburg in aller Form denunziert hatte. Er besuchte die Versammlungen nicht etwa, um zu diskutieren, er stenographierte vielmehr einzelne Sätze der Rede mit der bestimmten Absicht, den Staatsanwalt mobil zu machen. Das ist ihm gelungen. Die Genossin Luxemburg soll nach seiner Denunziation in ihrem Vortrage die Frage ausgeworfen haben, ob wir uns einen Krieg ungefährlich gefallen lassen würden. Auf den Zutritt aus der Versammlung: Niemals soll sie gesagt haben: „Wenn uns zugemutet wird, die Waffen gegen unsre französischen oder andern Brüder zu erheben, dann rufen wir: Das tun wir nicht!“ Auf diese Sätze stöhnt sich die ganze Anklage.

Der Genossin Luxemburg stand als Verteidiger Dr. Kurt Rösslefeld-Berlin und Dr. G. L. Konkert a. M. zur Seite. Auch den schon gemeldeten Neuerungen soll die Angeklagte noch die Massen aufgefordert haben, zum sozialen Dienst bereit zu sein. Genossin Luxemburg glaubt bei ihrer Vorlesung die Neuerungen zu bestreiten, aber, daß ihr Sinn und ihre Tendenz so gewesen seien, wie die Anklage annimmt. Weitere Aussführungen behält die Genossin Luxemburg sich für den Schluss vor.

Als erster Zeuge wird Henrici vernommen. Er ist in der Versammlung in Böckenheim gewesen. Erst habe er sich nur kurze Notizen gemacht, später habe er ganze Sätze stenographiert. An Hand dieser Notizen gibt er eine Inhaltsangabe des Vortrages, so wie er ihn verstanden hat oder hat verstehen wollen. Die Rednerin habe die Frage aufgeworfen, ob die Arbeiter sich einem Krieg ungefährlich gefallen lassen, und als ihr hierauf aus der Versammlung „Niemals!“ augerufen worden sei, da habe die Rednerin erklärt: wenn uns ein Krieg gegen unsre französischen Brüder oder andre angenommen wird, so müssten wir rufen: Das tun wir nicht. Der Zeuge erklärt, daß er die Sätze wörtlich aufgenommen habe. Er bekannte sich als Verfasser des Artikels in der Frankfurter Rote. Er habe den Artikel nicht selbst an den Staatsanwalt geschickt, wisse aber, wer es getan hat. Die Frage, ob der Zeuge veranlaßt habe, daß der Artikel an die Staatsanwaltschaft geschickt werde, die der Verteidiger Dr. Rösslefeld stellt, wird durch Gerichtsbeschluss abgelehnt. Ein Zeuge Redakteur Eisenberger bestätigt die Angaben von Henrici. — Zeuge Wieland ist Zuhörer in der Versammlung in Hohenheim gewesen. Er sagt aus: Genossin Luxemburg habe sich dahin geäußert, daß die Arbeiter bei einem Kriege sich erst besinnen müßten, ob sie aus ihre Brüder schließen sollen. — Zeuge Lenz ist auch ein Besucher der Hohenheimer Versammlung gewesen; er sagt ähnlich wie der Zeuge Wieland aus. Auch diese beiden Zeugen haben sich Notizen gemacht. Genossin Rösslefeld stellt fest, daß der Zeuge Wieland von dem Redakteur der Frankfurter Nachrichten der Polizei gegenüber als Verfasser des Berichts über die Hohenheimer Versammlung bezeichnet worden sei. — Zeuge Sverzel, der früher wahende Beamte, erklärt, daß er die in der Anklage der Genossin Luxemburg zur Last gelegte Neuerung nicht gehört habe. Damit ist die Beweisaufnahme beendet.

Der Staatsanwalt führt aus, daß die Aussführungen der Angeklagten nur den Sinn der Aussöhnung zum Offiziersmord und Ungehorsam gegen die behördlichen Anordnungen gehabt haben können. Sie habe die Soldaten auffordern wollen, im Kriegsfalle nicht auf den Feind zu schließen, wenn der Parteivorsitz der Krieg unmöglich. Der Staatsanwalt dehnt die Anklage auf § 112 des Strafgesetzbuchs (Aussöhnung von Personen des Soldatenstandes zum Ungehorsam) aus. Die Angeklagte habe nicht aus unanständiger Gefinnung gehandelt. Sonst habe sie aber keine mildnernde Stimme zur Seite. Sie gehöre dem extremen Flügel der Sozialdemokratie an und führe den Namen der „roten Rosa“ nicht mit Unrecht. Die Tat der Angeklagten sei „jurchbar gefährlich“, denn sie habe zur Meuter vor dem Feinde aufgefordert. Der Staatsanwalt malt eine Meuter in grellen Farben aus. Die Angeklagte habe einen Schlag gegen den Lebensnerv des Staates geführt, denn eine einzige Meuter würde den Erfolg des ganzen Feldzuges in Frage stellen. Der Staatsanwalt beantragt wegen des Falles in Frankfurt a. M., der schwerer sei, acht Monate, wegen des Falles in Hohenheim sechs Monate Gefängnis, welche Strafen zu einem Jahr zusammengezogen werden sollen. Weiter beantragt der Staatsanwalt wegen Fluchtverbots sofortige Verhaftung. Die Angeklagte werde im Auslande mit offenen Armen aufgenommen werden.

Der Verteidiger Genossin Dr. Kurt Rösslefeld weist in längeren juristischen Aussführungen nach, daß die §§ 111 und 112 nur Aussöhnung zum Ungehorsam im Auge haben, denen die Tat gleich folgen soll. Die Angeklagte habe aber keine Aussöhnung zum Ungehorsam aufgesprochen, da die Tatbestandsmerkmale der Aussöhnung fehlen. Der Verteidiger führt noch aus, daß die „Auslobung von 10 M. für jeden erschöpften Mann“ viel eher eine Aussöhnung zum Ungehorsam enthalte, wie die Aussführungen der Genossin Luxemburg. Wenn jene nicht zur Anklage geführt habe, so wäre hier eine Verurteilung mehrerer. Der Strafantrag des Staatsanwalts übersteigt alles übliche Maß und sei nur aus politischer Leidenschaft gegen die Angeklagte erklärt. Besonders scharf wendet sich der Verteidiger

gegen die Aussführungen des Staatsanwalts. Es sei beachtlich, daß Genossin Luxemburg seit acht Jahren es verstanden habe, sich von Anklagen frei zu halten.

Der Verteidiger Dr. L. betonte, daß man der Angeklagten Unrecht tue, wenn man nach einzelnen Sätzen urteile; sie habe nicht den Willen ihrer Zuhörer beeinflussen wollen, was strafbar sei, sondern ihre Gefinnung, und dies sei nicht mit Strafe bedroht. Von Vergehen gegen § 112 des Strafgesetzbuchs könne nicht die Rede sein, denn hierzu müsse nachgewiesen werden, daß die Angeklagte sich bewußt gemacht habe, daß die Angeklagten sich zu Ungehorsam zu verleiten. Auch könne nur zu Ungehorsam gegen schon ergangene Befehle aufgefordert werden; das habe aber die Genossin Luxemburg nicht getan.

Genossin Luxemburg gab in längeren Aussführungen wieder, was sie mit ihrer Rede beabsichtigt habe. Die Auffassung des Staatsanwalts und der Zeugen über ihre Worte geben nur ein zerstörendes Bild von der sozialdemokratischen Agitation und beweisen, daß es nicht genügt, eine Universitätserbildung zu besitzen, um den Inhalt der sozialdemokratischen Agitation zu begreifen. Der einfache Proletarier aus den Tausenden in der Versammlung sitzt infolge seiner Klassenlage eher fähig, sie zu verstehen. Nicht gehegt habe sie, sondern aufgeklärt. Sie habe bei ihrer Rede davon gedacht, daß die kriegsführende Partei nicht die Armee, sondern das ganze Volk sei, und dies habe sie gemeint, wenn sie davon gesprochen habe, daß wir und sogen müssen, ob wir uns einen Krieg gefallen lassen wollen. Das beweisen auch alle Entschließungen der Internationalen Konferenz über die Verständigung der Völker und die Bekämpfung des Krieges. Sie alle wenden sich an das ganze Volk, um es zum Feinde des Krieges zu machen. Deshalb habe sie nicht nötig gehabt, die Soldaten zum Ungehorsam aufzufordern, wenn schon der Befehl zum Waffengebrauch gegeben sei. Die Sozialdemokratie wolle es möglichst so weit gar nicht kommen lassen. Die Behauptung des Staatsanwalts, daß das einzige wirkliche Mittel, um den Krieg zu verhindern, sei, die Soldaten zum Ungehorsam aufzufordern, zeige die andre Seite der Auffassung, wonach die Staatsgewalt und der Militarismus unerschütterlich seien, solange der Soldat Aduvorgehorst sei. Weiter wendet sich die Angeklagte gegen den Antrag des Staatsanwalts auf sofortige Verhaftung.

Die Angeklagte wurde wegen zweier Vergehen gegen § 110 des Strafgesetzbuchs zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr verurteilt. Der Haftantrag wird abgelehnt. Aus der Begründung haben wir hervor: Die intimierten Neuerungen stehen fest. Den Worten der Angeklagten, daß die Waffen der Soldaten auch einmal gegen die Herrschenden gerichtet werden können, kann eine Aussöhnung zum Mord nicht entnommen werden. Strafbar sei aber, daß die Angeklagte gesagt habe: wenn wir die Nordwaffen erheben sollen, so tun wir das nicht. Der Ausschaltung der Angeklagten, daß sie sich nicht an die Soldaten wenden habe, sondern an das ganze Volk, kann das Gericht nicht bestreiten; gemeint können nur die Soldaten sein, die im Felde vor dem Feinde stehen. Die Herrschaftsgeist der Soldaten sei durch besondere strenge Gesetze geschwächt. Nicht festgestellt konnte werden, daß sich die Angeklagte gegen §§ 111 und 112 vergangen hat. Sie hat nicht zum Ungehorsam aufgeregzt, sondern dazu aufgefordert, und zwar in erkenbarer Weise; die Worte der Angeklagten könnten nicht anders verstanden werden. Bei Ausmaß der Strafe habe das Gericht die Bedeutung des Gesetzes, gegen welches zum Ungehorsam aufgefordert worden ist, berücksichtigt. Das mindeste, was die Aussöhnung zur Folge gehabt haben könnte, wäre, daß ein Soldat vor dem Feinde gegen den Befehl, zu schicken, gehandelt hätte. Eine berartige Beleidigung würde die Soldaten die schwersten Folgen haben. Es hätte nahe gelegen, an die Höchststrafe von zwei Jahren heranzugehen. Wenn das Gericht dies nicht getan hat, so deswegen, weil die Angeklagte seit einer Stelle von Jahren sich nicht strafbar gemacht hat. Das Gericht hat weiter in Berücksichtigung geogen, daß es sich um einen Frau handelt, deren Gefährdung durch eine längere Strafe verschärft wird. Das Gericht hat zwei selbständliche Handlungen angenommen und für jeden der Fälle auf neun Monate Gefängnis erlassen, die auf ein Jahr zusammengezogen sind.

Die Bekämpfung der Sozialdemokratie.

ap. Als der Deutsche Landwirtschaftsrat vor ein paar Wochen seine Sitzungen abhielt, um die Wünsche und Bedürfnisse der Agrarier zu verhindern, erschien auch der Reichskanzler, Herr v. Bethmann-Hollweg, um in einer Tischrede seine Ergebnisse für die Sache der Jungen zu äußern. In dieser Rede sprach er auch von der Bekämpfung der Sozialdemokratie als seiner wichtigsten Aufgabe, und seine Hörer stimmten ihm voll Überzeugung zu. Und nicht nur die dort versammelten Agrarier, sondern auch die Unternehmer, die Schärmacher, sprechen sich, wenn sie zusammenkommen, in derselben Weise aus; die Bekämpfung der Sozialdemokratie ist das wichtigste Ziel der ganzen bestehenden, staatserhaltenen, ordnungsbildenden Klasse. Man kann auch ruhig annehmen, daß keine Sicherung aufrichtiger gemeint ist und tiefer aus dem Herzen kommt. Mögen die Herren des Bodens und der Fabrik sonst noch so viel heucheln und flunkern — daß sie die Sozialdemokratie für ihren schlimmsten Feind halten und sie gern vernichten möchten, das ist ihnen aufs Wort zu glauben.

Und dennoch kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß diese Beteuerungen nicht ernst gemeint sind. Die Taten stimmen nicht zu den Worten. Wären die Kampfsprüche etwas mehr als schöne Gefühlsgüsse, wären sie zur Richtschnur des praktischen Handelns bestimmt, dann müßte zuerst die Frage geprüft werden: Durch welche Ursachen ist die Sozialdemokratie so mächtig geworden? Danach erst könnte man daran gehen, diese Ursachen wegzuzeichnen. Und dann müßte jeder dieser Herren, vom Reichskanzler bis zum Fabrikdirektor oder Landrat, eigentlich sein Gewand zerrissen, Asche auf sein Haupt streuen und rufen: mea culpa, mea maxima culpa; meine Schuld, meine allergrößte Schuld!

In der Tat, was haben sie nicht alles getan, die Sozialdemokratie großzupappeln! Noch vor kurzer Zeit haben sie den Arbeitern die Selbstverwaltung in den Kranenkassen genommen, um dort ihre Kreaturen unterzubringen, so daß die Kranken, statt wie bisher von ihren Vertrauensmännern ausgenutzt zu bekommen, von Bürokraten und pensionierten Offizieren angezogen werden. Suchen die Arbeiter wegen der drückenden Teuerung um Lohn erhöhung nach, so wird diese von den Kapitalisten, trotz ihrer Millionen an Dividenden brüderlich verwiesen; treten sie in den Streik ein, dann wird unter dem Schutz der hohen Obrigkeit bewaffnetes Gesindel auf sie losgelassen, dann werden sie von den Schülern von der Straße weggewiesen, dann werden Maschinengewehre aufgeschlagen, und Agrarier und Fabrikanten fordern brüderlich ein absolutes Verbot des Streikpostens. Wer treibt da die Arbeiter zur Feindschaft gegen die bestehende Staatsordnung? Oder der Unternehmerverband beantwortet den Versuch einer schlecht entlohten Arbeitergruppe, ihre Lebenshaltung aufrecht zu erhalten, mit einer Generalauspeppung, die Hunderttausende zum Hungern und zum Nachdenken über die Vorzüglichkeit der Privatproduktion zwingt. Durch Zölle und indirekte Steuern teuernden die Herren die unentbehrlichsten Lebensmittel der Massen; soll das vielleicht dazu dienen, der Sozialdemokratie

ihren Anhang zu nehmen? Wenden sich die Arbeiter an den Staat, wenn sie durch unverschuldet Arbeitslosigkeit infolge der Krise daran müssen, so wird ihnen gesagt: wir können nichts tun, heißt euch selbst; Staatshilfe ist nur für die Beschäftigten da. Wenn sie, um sich selbst zu helfen, eine „Volksfürsorge“ gründen, haben sie die giftigsten Anfeindungen auszuhalten. Und wenn sie die Strafe benutzen, um für ihre Forderungen öffentlich zu demonstrieren, so wird die bewaffnete Schuhmannschaft aufgeboten, die nicht nur die Demonstranten, sondern auch die zufällig dort spazierenden harmlosen Spießer niederschlägt. Ist es da ein Wunder, daß die Partei des Umsturzes immer mehr stillen und offene Anhänger bekommt?

Die Sache ist ja jüngst einfach. Die Sozialdemokratie ist der Ausdruck des Hasses gegen die bestehende Gesellschaftsordnung. Die Massen wollen den Sozialismus, weil die kapitalistische Gesellschaftsordnung für sie unerträglich ist. Alles, was die bestehende Ordnung unerträglicher macht, alles, was die Armut, das Leid, das Gefühl der Rechtslosigkeit bei den Massen lädt, muß daher auch die Sozialdemokratie stören, die diese Ordnung bekämpft. Die Unternehmer, die Jungen, die Regierung, die das arbeitende Volk ausbeuten und unterdrücken, die auf deren Beschwerden nicht hören und bei jedem Versuch der Selbsthilfe sofort mit Entziehung und Gewalt zur Hand sind, sie sind die besten Agitatoren für die Sozialdemokratie. Und wenn sie dann zusammenkommen, über das unausbauliche Wachstum der Sozialdemokratie jammern und zum Kampfe gegen sie aufzutreten, dann kann man nur sagen, daß ihre Taten an ihren Wörtern im schroffsten Widerspruch stehen. Wer wirklich den Sozialismus als ein Unheil fürchtet und im Interesse der Menschheit die bürgerliche Ordnung mit allen Mitteln zu erhalten sucht, der muß gerade den umgekehrten Weg einschlagen. Wir können das beste Mittel zur Bekämpfung der Sozialdemokratie hier ruhig verraten, da es gar kein Geheimnis ist und der Bourgeoisie von radikal-bürgerlichen Theoretikern hundertmal vorgehastet wurde. Schafft die Zölle und Steuern auf Lebensmittel ab; gewährt den Arbeitern anständige Löhne; unterstützt sie bei unverschuldetem Rot; fordert dafür, daß bei Arbeitsstreitigkeiten die Behörden die strengste Unparteilichkeit üben; lasst den Massen in der Ausübung aller politischen und bürgerlichen Rechte die größte Freiheit, so daß sie sich nie unterdrückt oder entrichtet fühlen; kurz, macht, daß die Massen mit der heutigen Ordnung zufrieden sind, — und mit der Sozialdemokratie als Massenbewegung ist es aus.

Das ist nicht völlig abstrakte Phantasie. Daß die Sozialdemokratie in andern kapitalistisch gleich hoch entwickelten Ländern, wie England und Amerika, dort schwächer ist als hier, kommt wesentlich durch die größere Freiheit der Bevölkerung und der Ausübung bürgerlicher Rechte. Und jeder weiß, daß gelegentliche Konzessionen das beste Mittel sind, die Unzufriedenheit der Massen zu beschwichtigen, wenn man einen allzu starken Zuwachs der Sozialdemokratie befürchtet. Aber trotzdem erscheint die Welt hier auf den Kopf gestellt, daß wir Sozialdemokraten seelenruhig das beste Mittel zu unserer Bekämpfung her vorheben und sogar unter Mitarbeit versprechen, während die herrschenden Klassen zu diesem einzigen tauglichen Mittel nicht greifen wollen und gerade das Gegenteil machen.

Die Lösung dieses Widerspruchs liegt darin, daß die herrschende Klasse zu diesem Mittel nicht greifen, sondern die Gelegenheit nutzt, welche Aussicht in diese Richtung weitet. Und in dem einen Lande mehr als in dem andern; aber dann geht es immer wieder in einer andern Richtung. Das heutige Wachstum der Sozialdemokratie in England und Amerika als Wirkung wachsender Rot und gewaltamer Unterdrückung beweist, daß man dort umgekehrt dem deutschen Beispiel immer mehr nachfolgt. Und die Ursache wird sofort klar, wenn man die Frage stellt, weshalb die Kapitalisten und Agrarier von dem Sozialismus nichts wissen wollen. Die bürgerliche Gesellschaft mit Privateigentum und Privatwirtschaft ist die Gesellschaft der Ausbeutung und des Profits; der Sozialismus bedeutet die Aufhebung des Profits. Der Profit, das arbeitslose Einkommen durch die Ausbeutung anderer, ist ihnen Sinn und Zweck der ganzen Menschenwelt; Freiheit, Despotismus, Konkurrenz, Monopol, es ist ihnen alles recht, wenn es nur den Profit erhöht. Daß die heutige Gesellschaftsordnung ist ihnen nur Mittel zum Zweck des Profits; weil aber das Mittel immer dem Zweck untergeordnet ist, muß ihnen der Gedanke absurd erscheinen, den Profit der Sicherung dieser Ordnung zu opfern — es sei denn, daß ihnen das Wasser am Halse steht. Gewiß ist es ein schönes Ding, wenn die Arbeiter zufrieden sind und nicht auf Umsturz sinnen; wenn aber diese Zufriedenheit nur durch Preisgabe eines erheblichen Teils des Profits — oder durch Nichteinlösung der Behörden bei Streiks zu erlaufen ist, dann fort damit! Der Profit ist eine Sache von heute, die Gefährdung der Ausbeutung überhaupt durch die wachsende Unzufriedenheit der Massen ist eine Sache der fernen Zukunft — nach uns denken, die Sozialdemokratie durch Mittel zu bekämpfen, die ihren Profit schmälen; sie würde damit ihrer tiefsten Natur zuwiderhandeln.

Was bedeuten dann aber die Redensarten der Bekämpfung der Sozialdemokratie? Die Sozialdemokratie ist für die herrschende Klasse der Inbegriff alles dessen, was die Arbeiter unabhängig, selbstbewußt und widerspenstig macht. Und mit Recht, denn der Kampf gegen das Prinzip der Ausbeutung ist mit dem Kampf für direkte Verbesserungen auf Kosten des Profits untergeordnet, muß ihnen der Gedanke absurd erscheinen, den Profit der Sicherung dieser Ordnung zu opfern — es sei denn, daß ihnen das Wasser am Halse steht. Gewiß ist es ein schönes Ding, wenn die Arbeiter zufrieden sind und nicht auf Umsturz sinnen; wenn aber diese Zufriedenheit nur durch Preisgabe eines erheblichen Teils des Profits — oder durch Nichteinlösung der Behörden bei Streiks zu erlaufen ist, dann fort damit! Der Profit ist eine Sache von heute, die Gefährdung der Ausbeutung überhaupt durch die wachsende Unzufriedenheit der Massen ist eine Sache der fernen Zukunft — nach uns denken, die Sozialdemokratie durch Mittel zu bekämpfen, die ihren Profit schmälen; sie würde damit ihrer tiefsten Natur zuwiderhandeln.

Was bedeuten dann aber die Redensarten der Bekämpfung der Sozialdemokratie? Die Sozialdemokratie ist für die herrschende Klasse der Inbegriff alles dessen, was die Arbeiter unabhängig, selbstbewußt und widerspenstig macht. Und mit Recht, denn der Kampf gegen das Prinzip der Ausbeutung ist mit dem Kampf für direkte Verbesserungen auf Kosten des Profits untergeordnet, muß ihnen der Gedanke absurd erscheinen, den Profit der Sicherung dieser Ordnung zu opfern — es sei denn, daß ihnen das Wasser am Halse steht. Gewiß ist es ein schönes Ding, wenn die Arbeiter zufrieden sind und nicht auf Umsturz sinnen; wenn aber diese Zufriedenheit nur durch Preisgabe eines erheblichen Teils des Profits — oder durch Nichteinlösung der Behörden bei Streiks zu erlaufen ist, dann fort damit! Der Profit ist eine Sache von heute, die Gefährdung der Ausbeutung überhaupt durch die wachsende Unzufriedenheit der Massen ist eine Sache der fernen Zukunft — nach uns denken, die Sozialdemokratie durch Mittel zu bekämpfen, die ihren Profit schmälen; sie würde damit ihrer tiefsten Natur zuwiderhandeln.

Gewerkschaftsbewegung.

Kopp, der Sieger im Gewerkschaftsstreit. Die Führer der christlichen Gewerkschaften und die die Kölner Richtung vertretenden Zentrumpartei sind nach dem Bekanntwerden über das, was sich zum Gewerkschaftsstreit hinter den Kulissen in Rom abgespielt hat, wieder recht ruhig geworden. Der Jubel über den „Rückzug“ des

Kardinals Kopp ist verstimmt, die Berliner Richtung wieder oben auf. Die Jahreskonferenz der Bezirkspräsidenten des Verbandes der katholischen Arbeitervereine Deutschlands, das heißt der Arbeitervereine der sogenannten Berliner Richtung, die vor einigen Tagen in Berlin stattgefunden hat, erkannte nicht nur die Autorität des Papstes und der Bischöfe in allen politischen und wirtschaftlichen Fragen an, sondern pries auch die bekannte Enzyklika Leo XIII. über die Arbeiterfrage (*Rerum novarum*) und die Gewerkschaftsencyklika des jetzigen Papstes (*Singulari quodam*) als "unzweideutige und klare Weisungen" der katholischen Kirche, denen nachzuleben die Pflicht eines jeden wahren Katholiken sei.

Viel bedeutsamer aber als diese scharfe Stellung der Berliner gegen die christlichen Gewerkschaften sind die Entschlüsse, die auf jener Konferenz der Kaplan Graf von Strachwitz über die Beurteilung der benannten milden Enzyklika-Interpretation des Paderborner Bischofs durch die römische Kurie machte. Nach der Germania erzählte der Kaplan:

"Unser Kardinal und unser Papst wollen nur ein und dasselbe. Aus Kreisen, die dem Herrn Kardinal sehr nahe stehen, habe ich erfahren — und ich bin ausdrücklich zu der Erklärung an dieser Stelle ermächtigt —, daß die Mitteilungen der Germania über die Zurücknahme der bekannten Interpretation der Gewerkschaftsencyklika durch den Herrn Kardinal mit den vollen Tatsachen übereinstimmen. Diese Zurücknahme ist erfolgt im Einvernehmen mit dem Herrn Kardinalstaatssekretär in Rom. Ich sehe also fest: Diese Zurücknahme ist erfolgt in Übereinstimmung mit dem Heiligen Vater. Der Heilige Vater wünscht die Gewerkschaftsencyklika ganz und unverändert und nun durchgeführt. Nur ist aus den letzten Tagen Erfreuliches zu berichten. Die Erklärung der westdeutschen Bischöfe erkennt ausdrücklich an, daß der Heilige Vater allein berechtigt ist, die Gewerkschaftsencyklika zu interpretieren und aufzulegen. Die westdeutschen Bischöfe sagen damit das gleiche wie unser Kardinal. Also: die heute noch die Interpretation vom November 1912 halten wollen, stehen allein auf weiter Flur. Die Stunde heißt die Erklärung unveränderbarer Danckartalt, Ehre und Ehre gegen unseren Herrn Kardinal. Wir hätten nur den einen Wunsch: er möchte einmal unter uns hier stellen, er möchte einmal sein treuer Priester voll sehen, sein ihm endlich ergebenes Arbeitervolk, das bereit ist, für ihn zu leben und zu sterben."

Auch das Breslauer Domkapitel hat an den Kardinal Kopp eine ehrerbietige Vertrauenslundegebung gerichtet, in der die Verdächtigungen der Blätter der Kölner Richtung und des Reichsausschusses der Zentrumspartei abgelehnt werden.

Kardinal Kopp ist also auf der ganzen Linie Sieger. Die milde Auslegung der Enzyklika *Singulari quodam* durch den Paderborner Bischof Schulz ist endgültig abgetan und damit auch das Märchen von der Freiheit und Unabhängigkeit der christlichen Gewerkschaften.

Leipzig und Umgebung.

Wie sich der Rat der Stadt Leipzig um die Tarifverträge kümmert. Bereits vor längerer Zeit ist an dieser Stelle mitgeteilt worden, daß die Isolierer Leipzigs mit der Firma Grüning u. Hartmann, Fabrik für Isolierartikel in Ludwigshafen a. Rh., in Diskussion geraten sind. Diese Firma versucht in allen größeren Städten Filialen zu errichten, um dann die in den einzelnen Orten bestehenden Tarifverträge der Isolierer zu umgehen. Dieses Maßnahmenprojekt dieser Firma wurde ihr in Leipzig, Altenburg, Wittenberg zu bewegen, daß in Leipzig mit den Isolierern abgeschlossene Tarifverträge anzuzeigen waren, erfolglos. Vielleicht verlangt die Firma, die Isolierer sollten den in Ludwigshafen (Hauptgeschäft) abgeschlossenen Vertrag auch für Leipzig anerkennen. Ein Verlangen, das natürlich abgelehnt werden mußte, um nicht den Leipziger Tarif illogisch zu machen.

Dieses Verhalten mußten die Isolierer als eine Provokation aufzufassen, weshalb denn auch die Sperrre über die Firma verhängt wurde.

Die Drohungen hat es nur nicht geschafft, die die Isolierer zu einer andern Stellung bestimmen sollten. So hat die Firma durch einen Rechtsanwalt mittleren lassen, daß wohl die Sperrre nicht aufgehoben würde, die Organisation schadensersatzpflichtig zu machen sei; wie das gemacht werden soll, ist nicht verraten worden.

Die Firma Grüning u. Hartmann spekuliert in der Haupstädte auf die Austräume der Stadt Leipzig, von wo aus sie auch bereits früher größere Aufträge erhalten hat. Bei Vergabeung anderer städtischer Arbeiten durch den Rat der Stadt wurde ausdrücklich bestimmt, daß bei der Submission nur solche Firmen zu berücksichtigen sind, die ihren Wohnsitz in Leipzig haben sowie die in Frage kommenden tariflichen Abhängen bezahlen. (Gemeint sind z. B. Druck- und Buchbindereiwerke.)

Man sollte nun annehmen dürfen, daß bei Vergabeung aller Arbeiten durch die Stadt dieser Grundlage maßgebend sein sollte. Das trifft aber nicht zu, soweit es sich um Isolierarbeiten handelt. So ist zurzeit eine große Arbeit in der Badanstalt II auszuführen. Aufgeschrieben wurde diese Arbeit, wie es sonst üblich ist, nicht. Auch wurden den Leipziger Firmen Anschläge zum Ausfüllen nicht zugestellt, ebenso wenig wurden sie aufgefordert, Anschläge einzureichen. Aber die Firma Grüning u. Hartmann hat einen Voranschlag gemacht, obwohl sie keine Leipziger Firma ist.

Bei dieser Vergabeung der Arbeit durch die Stadt bekam eine Leipziger Firma Wind, die dann auch verfügte, einen Voranschlag zu bekommen, um sich ebenfalls an der Submission zu beteiligen. Diese Leipziger Firma legte ihr Angebot mit 7000 M. ein, worauf ihr mitgeteilt wurde, daß sie zu teuer wäre. Nun möchte die Firma auf diese Aufforderung hin noch zwei Voranschläge, den niedrigsten mit 6500 M., konnte aber die Arbeit nicht erhalten, vielmehr ist die Arbeit der Firma Grüning u. Hartmann für 6000 M. übertragen worden. Wir stellen nun an den Rat der Stadt Leipzig die folgenden Fragen:

1. Watum werden die in Leipzig ansässigen Firmen von der Submission ausgeschlossen?

2. Wie ist es möglich, daß eine auswärtige Firma einen Anschlag zum Ausführen erhält, ohne daß eine solche Arbeit ausgeschrieben wird?

3. Ist es beim Rat der Stadt Leipzig, respektive dem in Frage kommenden Auschluß nicht bekannt gewesen, daß die Firma Grüning u. Hartmann, Ludwigshafen, e ablehnt, in Leipzig die Partizipante zu ziehen?

4. Wie stellt sich der Rat der Stadt Leipzig den arbeitslosen Isolierern in Leipzig, die doch wohl als Steuerzahler berechtigt wären, in erster Linie berücksichtigt zu werden, gegenüber?

5. Hält der Rat der Stadt Leipzig die Leipziger Firmen, die mit den Arbeitern in einem geregelten Tarifverhältnis stehen, nicht fähig, solche Arbeiten auszuführen?

Auf die Antwort sind wir gespannt, aber noch mehr darauf, wie sich die Leipziger Isolierfirmen zu einer solchen Ausschaltung von der Ausführung städtischer Arbeiten stellen. Diese Art der Vergabeung von Arbeiten vereinbart sich ganz und gar nicht mit der Mittelstandspolitik, wie sie gerade im Leipziger Stadtparlament bei andern Gelegenheiten so oft getrieben wird. Leipziger Bürger und Steuerzahler können vom Rat der Stadt Leipzig eine andre Behandlung verlangen. Die Isolierer protestieren gegen eine solche Art von Submissionen, die nur den Zweck haben, sie noch in längerer Arbeitslosigkeit zu verurteilen, und gesogen sind, die bestehenden Tarifverhältnisse illogisch zu machen.

Deutscher Bauarbeiterverband, Zweigverein Leipzig.
Sektion der Isolierer.

Zum Streit bei der Firma Meier u. Weichert berichten bürgerliche Blätter, daß Verhandlungen schwierig und die Arbeitsaufnahme deshalb erfolgen dürfte. Die Firma hat den Streikenden bisher nur sehr wenig Entgegenkommen gezeigt, weshalb der Kampf fortduert. Die Formarbeiter, Kermacher und Schuhreparatoren wollen deshalb die Firma meilen.

Deutscher Metallarbeiterverband, Verwaltungsstelle Leipzig.

Deutsches Reich.

Die Differenzen mit dem Schnapsfabrikanten König in Steinhausen, entstanden aus der Organisationsstabilität des Herrn König und der Nichtbehaltung getroffener Vereinbarungen, bestehen nach wie vor. Wie die Organisation der Arbeiter mitteilt, versucht jetzt ein Reisender der Firma König mit den Vereinigungen der freien Kaufmänner in verschiedenen Orten Geschäfte zu machen unter Bedrohung eines Schreibens, nach welchem die Differenzen behoben sein sollen. Diese Behauptung ist unrichtig, worauf wir zu achten bitten.

Ausland.

Zum Streit in der französischen Handelsmarine.

Marseille, 20. Februar. Der Streit der Schiffsgenieure dauert an. Die Compagnie des Messageries Maritimes hat heute zwei Frachtschiffe außer Dienst gestellt, den Caucal, welcher die Schwarzmeerbäder bedient, und den Normand, der nach Havre und London fährt. Die Schiffsgenieure der Compagnie des Transports Maritimes haben die gleichen Forderungen gestellt, wie diejenigen der Messageries Maritimes, und beabsichtigen, wenn ihre Forderungen nicht bis zum Abend bewilligt sind, die Schiffe zu verlassen.

Der Streit der Schlächter in Melbourne und Sydney scheint auf weitere Verbände überzugreifen. Die Schlächtermeister haben infolge des Streiks ihrer Angestellten die Arbeit selbst in die Hand genommen. Sie haben elf Niederlagen für die Fleischversorgung im Betriebe. Die Vertreter von vierzehn Verbänden von Arbeitern, die mit der Verteilung von Lebensmitteln beschäftigt sind, werden mit den Ausständen morgen eine Besprechung haben. — Die Eisenarbeiter und ihre Gehilfen sind in den Ausstand getreten. Alle großen Maschinenwerke und die Werke auf den Woolwich Docks stehen still. Dreitausend Leute feiern.

Soziale Rundschau.

Arbeitslosenstatistik der Dresdner Gewerkschaften.

Das Dresdner Gewerkschaftsrat hat am Sonnabend, den 31. Januar 1914, eine Zählung der Arbeitslosen vorgenommen, an der sich von den 57 dem Gewerkschaftsrat angehörenden Gewerkschaften, die 65 Jahrestellen haben, 37 mit 44 Jahrestellen beteiligten. Das Ergebnis ist das folgende:

Befragte Mitglieder	Davon waren arbeitslos insges. Prog.
Asphalteure	126 28 22,40
Bauarbeiter	6247 1787 28,29
Bildhauer	182 39 21,45
Böttcher	21 18 5,20
Brauerei- und Mühlenarbeiter	1888 18 0,98
Buchbinderei	2064 60 2,92
Buchdrucker	1008 188 18,15
Buch- und Steinbrudereihilfsarbeiter	918 16 1,74
Butterangestellte	240 7 2,22
Cadreder	281 68 24,20
Fabrikarbeiter	4300 268 5,67
Fabrikarbeiter, Plauenscher Grund	3012 130 4,32
Fleischarbeiter	260 6 2,40
Fleischküchen	155 26 16,18
Gärtner	404 57 14,11
Gemeinde- und Staatsarbeiter	1945 54 2,78
Glasarbeiter	901 21 2,22
Gläser	117 15 12,82
Handlungsgeschäftsleute	1407 15 1,07
Holzarbeiter	5645 408 7,22
Hutarbeiter	4080 810 7,09
Kupferschmiede	148 8 5,59
Kürschner	145 5 3,45
Lebharbeiter	153 3 1,64
Lebharbeiter, Teubn	120 —
olithographen und Steinbrüder	620 48 4,67
Maler und Lackierer	1881 404 20,23
Malchisten und Holzer	420 10 2,38
Metallarbeiter	22081 1291 5,60
Porzellanarbeiter	408 7 1,72
Porzellanarbeiter, Porzschappel	104 1 0,01
Sattler und Portefeuillier	522 25 4,70
Schuhmacher	1531 37 2,42
Schuhmacher, Plauenscher Grund	87 1 2,70
Steinarbeiter	367 62 17,87
Stellmacher	116 110 100,00
Tabakarbeiter	2912 29 1,03
Tabakarbeiter, Deuben	101 8 2,97
Tabakarbeiter, Hänichen	52 2 3,85
Tapetier	404 111 37,40
Textilarbeiter	1003 5 0,50
Töpfer	294 101 26,68
Transportarbeiter	6497 178 2,74
Zimmerer	1120 407 44,38
	78121 6508 8,82

Unter diesen sind 65 206 männliche Mitglieder, von denen 2003 (0,31 Prog.) arbeitslos waren, und 12 626 weibliche Mitglieder mit 500 (3,87 Prog.) Arbeitslosen; Kraute und Junalide sind nicht mitgezählt. Außer den 6509 Arbeitslosen wurden noch 906 Personen gezählt, die mit der Arbeit nur aussetzen, darunter 154 Bauarbeiter, 7 Büchsenarbeiter, 21 Fabrikarbeiter, 26 Holzarbeiter, 4 Lithographen, 589 Metallarbeiter, 80 Porzellanarbeiter, 11 Sattler, 3 Tabakarbeiter und 11 Töpfer.

Gegen den gleichen Monat des Vorjahrs hat sich die Zahl der Arbeitslosen von 8,11 auf 8,32, also um 2,21 Prog. erhöht. Die Zahl der männlichen Arbeitslosen ist von 7,02 auf 8,21, also um 2,10 Prog. gestiegen; die Zahl der weiblichen Arbeitslosen hat sich von 1,40 auf 3,87, also um 2,47 Prog. erhöht.

Bon Nah und Fern.

Wegen Vergehens gegen das Auswanderungsgesetz und wegen Mädchenhandels

wurde vor der Strafkammer in Beuthen i. S. der bürgerliche Mädchenhändler Lubelski zu neun Jahren Zuchthaus und 12 000 Mark Geldstrafe oder für je 15 M. zu einem weiteren Tage Zuchthaus bis zum Höchstmaß von einem Jahr vier Monaten und zu einem Jahr Körperlust sowie zur Tragung der Kosten des Verfahrens verurteilt. Der Staatsanwalt hatte 6½ Jahre Gefängnis und 12 000 M. Geldstrafe sowie 5 Jahre Körperlust und Stellung unter Polizeiaufsicht beantragt. Der Staatsanwalt sah das Ergebnis der Verhandlungen dahin zusammen, daß die Stadt W. o. L. w. i. das Einfallsstor für den internationalen Mädchenhandel und als Kongressstadt des Mädchenhandels anzusehen ist, da hier die Mädchenhändler aus Rußland und aus Argentinien ihre Zusammenkünfte abhalten. Ein geradezu ungeheureller Mädchenhandel habe in der Hand des Angeklagten Lubelski gelegen, der als der "König der Agenten und der Unterhändler in Russisch-Polen", als der "König der Grenze" allgemein bekannt war, von dem man auch sagte, er sei der König von Palomis...

Die in dem Prozeß vernommenen zwanzig russischen Entlastungszeugen, meist Lubelski'sche Unteragenten und Schmuggler, die Auswanderer über die Grenze schmuggelten, sind Mittwoch auf dem Sosnowicer Bahnhof durch die russische Polizei verhaftet worden.

Durchbare Explosion in einer englischen Dynamitfabrik.

Aus London meldet der Draht: Bei einer Explosion in der Dynamitfabrik von Nobel in Ardexer bei Glasgow wurden sieben Personen getötet und mehrere verletzt. Eine spätere Meldung besagt: Die Dynamitexplosion, die sich bald nach 10 Uhr vormittags im Werkraum der Fabrik von Nobel in Ardexer ereignete, hat beträchtliche Schäden an allen Gebäuden der Fabrik angerichtet. Unmittelbar nach der Explosion im Werkraum flog noch ein kleines Mustermagazin in die Luft. In der Umgebung des Werkes herrscht schreckliche Verwüstung. Die Detonation soll vierzig englische Meilen weit hörbar gewesen sein. Die Verletzten wurden mittels Sonderzugs ins Krankenhaus geschafft.

Glasgow, 20. Februar. Infolge der Explosion in der Fabrik von Nobel in Ardexer zerstörten in verschiedenen Städten der Umgebung die Fensterscheiben. Nach der ersten Explosion war der Himmel über der Fabrik durch eine dicke, milchige Wolke, die über Sandhügeln hing, verdeckt. Die Wirkung der zweiten Explosion war noch schrecklicher als die der ersten. Funken flogen nach allen Richtungen. In der Gegend von Ardexer waren 300 Leute bei der Arbeit, als das Glasdach infolge der Erschütterung einstürzte und auf die Arbeiter fiel, von denen mehrere durch Glassplitter verletzt wurden. Eine große Wolkendecke sammelte sich vor den Toren der Fabrik in Ardexer an, doch darf sich niemand dem Schauplatz des Unglücks nähern. Von den Verletzten ist inzwischen noch einer gestorben, so daß die Zahl der Toten jetzt acht und die der Verletzten vier beträgt. In dem Werkraum, in dem die Explosion erfolgte, befanden sich 6000 Pfund Gelatine.

Schwere Explosion im Frankfurter städtischen Elektrizitätswerk.

Frankfurt a. M., 20. Februar. In dem städtischen Elektrizitätswerk explodierte heute nachmittag eine neue Dampfturbine, die aus 1000 PS besteht, die ausgedreht werden sollte. Die fortgeschleuderten Stücke trafen einen Teil der Bedienungsmauer und verletzten mehrere Personen schwer, so der Mannheimer Ingenieur Kohler, den Obermauerstein Karl Schneider, Liebertad und den Maschinenmeister Henne. Frankfurt. Letzterer verletzt wurde Obermaschinist Körte. Die vier Verletzten wurden ins städtische Krankenhaus gebracht.

Gesunkenes deutsche Fischdampfer.

Bremenhaven, 20. Februar. Der Seetaktnder Fischdampfer Forelle, der am 17. Dezember v. J. den heiligen Fischereihafen zu einer Fangreise in den Gewässern von Nordstrand verlassen hatte, ist im Eis mit seiner gesamten Besatzung, die aus 12 Mann bestand, gesunken. Die Forelle ist das vierte Opfer, das in diesem Winter das Polarsetz gefordert hat. Im Januar sanken die Fischdampfer Loy, ebenfalls mit 12 Mann, und Alice Busse, sowie Karoline Köhne, deren Besatzungen sich über das Eis retten konnten. Der Ultunaer Fischdampfer Scholle von der Reederei Heinrich Fock ist nachts in der Nordsee vermutlich auf ein Wrack gestoßen, leck geworden und gesunken. Die Besatzung wurde von einem schwedischen Dampfer gerettet.

Letzte Nachrichten u. Depeschen.
(